

Niederschrift
über die 5. Sitzung des Gesundheitsausschusses
am 11.09.2015 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Dickmann, Bernd
Herbrecht, Wilhelm
Hohl, Peter (für Nabbefeld)
Loepp, Helga
Meies, Fritz
Mucha, Constanze
Naumann, Jochen
Schavier, Karl
Dr. Schlieben, Nils Helge

SPD

Arndt, Denis
Berten, Monika
Ciesla-Baier, Dietmar
Kiehlmann, Peter
Recki, Gerda (für Heinisch)
Schmidt-Zadel, Regina
Schulz, Margret (Vorsitzende)

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Barion, Katrin
Beck, Corinna
Kresse, Martin

FDP

Grün, Rainer
Dr. Strack-Zimmermann, Marie-Agnes

Die Linke.

Hamm, Gudrun

Freie Wähler/Piraten

Alsdorf, Georg

Verwaltung:

Wenzel-Jankowski, LVR-Dezernentin "Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen"

Heister, LVR-Fachbereichsleiter "Personelle und organisatorische Steuerung"

Lüder, LVR-Fachbereichsleiter "Maßregelvollzug"

Thewes, LVR-Fachbereichsleiter "Wirtschaftliche Steuerung"

Stephan-Gellrich, LVR-Fachbereich "Planung, Qualität und Innovationsmanagement"

Anders, LVR-Fachbereichsleiter "Schulen und Serviceleistungen" (bis TOP 12)

Steinhoff, LVR-Stabsstelle "Gleichstellung und Gender Mainstreaming"

Groeters, LVR-Fachbereich "Personelle und organisatorische Steuerung" (Protokoll)

Gesamtpersonalrat:

Lauber, Vorsitzender des Gesamtpersonalrates

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 4. Sitzung vom 29.05.2015
3. Flächendeckende Versorgung im Rheinland durch Sozialpsychiatrische Kompetenzzentren Migration (SPKoM) **14/649**
4. Informationsreise des Gesundheitsausschusses nach Südwürttemberg und in den Kanton Thurgau **14/705**
5. GKV-Versorgungsstärkungsgesetz-GKV-VSG/ Krankenhausstrukturgesetz **14/703**
6. Gemeinschaftsinitiative gegen Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen (GigA) **14/639**
7. Sicherstellung der Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen im Versorgungsbereich der LVR-Kliniken **14/596**
8. Aktive Partnerschaft des LVR im Rahmen der Landesinitiative "Vielfalt verbindet! Interkulturelle Öffnung als Erfolgsfaktor." **14/553**
9. Anträge und Anfragen der Fraktionen
10. Beschlusskontrolle
11. Mitteilungen der Verwaltung
12. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

13. Niederschrift über die 4. Sitzung vom 29.05.2015
14. Personalmaßnahmen
- 14.1. Wiederbestellung zur Stellvertreterin der Pflegedirektion im Klinikvorstand der LVR-Klinik Bonn **14/640**
- 14.2. Wiederbestellung zum Kaufmännischen Direktor und Vorsitzenden des Klinikvorstandes der LVR-Klinik Bonn **14/723**
- 14.3. Wiederbestellung zum Stellvertreter der Kaufmännischen Direktion im Klinikvorstand der LVR-Klinik Düren **14/636**
- 14.4. Wiederbestellung zum Pflegedirektor im Klinikvorstand des LVR-Klinikums Düsseldorf - Kliniken der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf - **14/630**
- 14.5. Wiederbestellung zum Ärztlichen Direktor im Klinikvorstand des LVR-Klinikums Düsseldorf - Kliniken der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf - **14/716**

- | | | |
|-------|--|---------------|
| 14.6. | Wiederbestellung zur Pflegedirektorin im Klinikvorstand des LVR-Klinikums Essen - Kliniken und Institut der Universität Duisburg-Essen - | 14/701 |
| 14.7. | Wiederbestellung zum Pflegedirektor im Klinikvorstand der LVR-Klinik Köln | 14/717 |
| 14.8. | Wiederbestellung zum Ärztlichen Direktor im Klinikvorstand der LVR-Klinik Mönchengladbach | 14/695 |
| 14.9. | Wiederbestellung zur Stellvertreterin der Pflegedirektion im Klinikvorstand der LVR-Klinik für Orthopädie Viersen | 14/697 |
| 15. | Belastungssituation der Beschäftigten im LVR-Klinikverbund anhand der Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung 2014 | 14/707 |
| 16. | Bericht über die Umsetzung des Gesamtfinanzierungsplans für den LVR-Klinikverbund (492 Mio. € Programm) | 14/659 |
| 17. | Zwischenbericht Zielplanung der LVR-Klinik Viersen | 14/702 |
| 18. | Sachstandsbericht zur Krankenhausplanung NRW | 14/698 |
| 19. | Maßregelvollzug | |
| 19.1. | Aktueller Bericht | |
| 19.2. | Belegungssituation im Maßregelvollzug | |
| 20. | Anträge und Anfragen der Fraktionen | |
| 21. | Beschlusskontrolle | |
| 22. | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 23. | Verschiedenes | |

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	10:15 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	10:30 Uhr
Ende der Sitzung:	10:30 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende die Mitglieder des Gesundheitsausschusses, die Gäste und die Verwaltung zu der heutigen Sitzung.

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Der Tagesordnung für die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 11.09.2015 wird zugestimmt.

Punkt 2

Niederschrift über die 4. Sitzung vom 29.05.2015

Gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3

Flächendeckende Versorgung im Rheinland durch Sozialpsychiatrische Kompetenzzentren Migration (SPKoM) Vorlage 14/649

Frau Schmidt-Zadel, Herr Kresse, Herr Meies und Frau Dr. Strack-Zimmermann bedanken sich für die zukunftsweisende Konzeption der flächendeckenden Versorgung im Rheinland durch Sozialpsychiatrische Kompetenzzentren Migration. Unter Berücksichtigung der Haushaltssituation des Landschaftsverbandes Rheinland sei ein schrittweiser Ausbau zu begrüßen.

Frau Schmidt-Zadel und Frau Dr. Strack-Zimmermann heben lobend hervor, dass der Landschaftsverband Rheinland zur Lösung der Flüchtlingsproblematik Plätze in den LVR-Kliniken zur Verfügung stelle. Darüber hinaus leiste der Landschaftsverband Rheinland eine sehr gute Arbeit bei der psychosozialen Betreuung der Flüchtlinge, insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen.

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemäß Vorlage Nr. 14/649 eine flächendeckende Versorgung des Rheinlandes durch einen Neuzuschnitt der bestehenden Versorgungsregionen sowie durch die Einrichtung von zwei weiteren SPKoM sicherzustellen.

Punkt 4

Informationsreise des Gesundheitsausschusses nach Südwürttemberg und in den Kanton Thurgau Vorlage 14/705

Frau Wenzel-Jankowski erläutert, bei der Informationsreise des Gesundheitsausschusses würden sich im Zentrum für Psychiatrie Südwürttemberg folgende Themenschwerpunkte anbieten:

- Versorgungsstrukturen und Zukunftsmodelle in den Versorgungsregionen des Zentrums für Psychiatrie Südwürttemberg,
- Patientenautonomie, Gewalt und Zwang - Forschungsergebnisse, Strategien und Maßnahmen der Prävention,

- Kooperation, Vernetzung in Regionalen Verbundsystemen am Beispiel der Kooperationsvereinbarung "Hilfen für junge Menschen aus dem Bodenseekreis mit komplexem psychosozialen Hilfebedarf im Verbund" (JPV).

Bei den psychiatrischen Diensten Thurgau in der Schweiz würden sich folgende Themenschwerpunkte anbieten:

- Ergebnisqualitätsmessungen (Outcome) in Spitälern und Kliniken der Psychiatrie: Qualitätsindikatoren ANQ - Wirkungen und Umsetzungserfahrungen,
- Thurgauer Modellprojekte - Abbau von stationären Kapazitäten zugunsten von aufsuchender, gemeindepsychiatrischer Behandlung,
- Akutpsychiatrie mit offenen Türen.

Frau Wenzel-Jankowski führt aus, mit diesen Themenstellungen würde sich auch die Psychiatrie im Rheinland befassen. Hier könnten Anregungen für die Weiterentwicklung im Rheinland eruiert werden. Die Verwaltung prüfe unter Berücksichtigung des Sitzungsterminplans 2016, wann die Reise stattfinden könne. Zurzeit würde sich ein Termin im September 2016 herauskristallisieren. Sie werde die Mitglieder des Gesundheitsausschusses zeitnah informieren.

Herr Kresse weist auf die Neuorganisation der Kliniken vor 10 Jahren in Baden-Württemberg hin. Außerdem sei eine enge Vernetzung des stationären, teilstationären und ambulanten Bereiches zu verzeichnen. Hier gebe es gute Anregungen für die Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung im Rheinland.

Der Gesundheitsausschuss fasst **einstimmig** - bei einer Enthaltung der Fraktion Freie Wähler/Piraten - folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Studien- und Informationsreise des Gesundheitsausschusses nach Südwürttemberg und in den Kanton Thurgau (Schweiz) im Jahr 2016 wird gemäß Vorlage 14/705 zugestimmt.

Punkt 5
**GKV-Versorgungsstärkungsgesetz-GKV-VSG/
 Krankenhausstrukturgesetz
 Vorlage 14/703**

Herr Meies schlägt vor, für eine der nächsten Sitzungsunden der Krankenhausausschüsse und des Gesundheitsausschusses eine Vorlage zu erstellen, die es ermögliche, unter Abwägung aller Chancen und Risiken die Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren in den LVR-Kliniken zu beraten und ggf. zu beschließen.

Der Gesundheitsausschuss schließt sich dem an.

Auf Frage von Frau Schmidt-Zadel erläutert Frau Wenzel-Jankowski, mit dem am 10.06.2015 vom Bundestag verabschiedeten Gesetz zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (Versorgungsstärkungsgesetz) setze der Gesetzgeber zahlreiche Maßnahmen um, die bereits in dem Koalitionsvertrag vom 27.11.2013 vereinbart worden seien. Besonders hervorzuheben seien:

- Erleichterte Gründungsvoraussetzungen für Medizinische Versorgungszentren (MVZ) in kommunaler Trägerschaft. Künftig sollen diese auch in der Rechtsform des Eigenbetriebs möglich sein.

- Neue Standards für psychiatrische Institutsambulanzen. Zukünftig sei es auch möglich, diese außerhalb von Klinikstandorten zu betreiben, wenn dies für die Versorgung notwendig sei.
- Neue ambulante Behandlungsformen in medizinischen Behandlungszentren für geistig behinderte Erwachsene.

Die Verwaltung werde prüfen, wie diese Regelungen in den LVR-Kliniken umzusetzen seien.

Das Krankenhausstrukturgesetz habe der Bundesrat am 10.07.2015 im ersten Durchgang beraten. Zu dem Gesetz habe die Verwaltung die Broschüre der Deutschen Krankenhausgesellschaft "Krankenhaus-Reform? So nicht!" ausgelegt. Primär habe das Gesetz Auswirkungen auf die somatischen Krankenhäuser. Es bestehe aber die Gefahr, dass die Regelungen aus dem Krankenhausentgeltgesetz auch auf das pauschalierende Entgeltsystem Psychiatrie und Psychosomatik übertragen werden. Dieses sei insbesondere von Bedeutung, da nach der Krankenhausplanung des Landes in Nordrhein-Westfalen noch 2.200 Betten/Plätze in der Psychiatrie aufzubauen seien. Neben der Verschlechterung der Bedingungen für die Erbringung von Mehrleistungen sei auch das grundsätzliche Problem der Unterfinanzierung der Investitionskosten in den Krankenhäusern nicht geregelt worden. Von daher beteilige sich der Landschaftsverband Rheinland sowohl an der zentralen Prozesskundgebung gegen das Krankenhausstrukturgesetz am 23.09.2015 in Berlin als auch vor Ort bei entsprechenden Aktionen im Rheinland.

Daneben weist Frau Wenzel-Jankowski auf die problematische Personalsituation der somatischen Krankenhäuser in der Pflege hin. Für die Psychiatrie müsse beachtet werden, dass die Psychiatrie-Personalverordnung 2017 ihre Gültigkeit verliere. Bisher gebe es keinen gleichwertigen Ersatz. Es sei erforderlich, die für die Psychiatrie Verantwortlichen weiterhin für eine Lösung zu sensibilisieren.

Der Bericht zum GKV-Versorgungsstärkungsgesetz und zum Krankenhausstrukturgesetz wird gemäß Vorlage Nr. 14/703 zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, für eine der nächsten Sitzungsrunden der Krankenhausausschüsse und des Gesundheitsausschusses eine Vorlage zu erstellen, die es ermöglicht, unter Abwägung aller Chancen und Risiken die Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren in den LVR-Kliniken zu beraten und ggf. zu beschließen.

Punkt 6
Gemeinschaftsinitiative gegen Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen (GigA)
Vorlage 14/639

Frau Schmidt-Zadel hebt die positiven Ergebnisse der Gemeinschaftsinitiative gegen Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen (GigA) hervor. Es sei sehr zu begrüßen, dass die Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung den bundesweiten Transfer in weitere Kommunen beabsichtige. Das entsprechende dreijährige Folgeprojekt sei ab Herbst 2015 geplant, woran der Landschaftsverband Rheinland beteiligt sei.

Der Bericht über das Modellprojekt GigA (Gemeinschaftsinitiative gegen Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen) wird gemäß Vorlage Nr. 14/639 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

Sicherstellung der Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen im Versorgungsbereich der LVR-Kliniken Vorlage 14/596

Frau Loepf begrüßt, dass nach langen Diskussionen am Standort der Tagesklinik Hilden dezernatsübergreifend damit begonnen werde, eine langfristige tragfähige Lösung zum Wohle aller Patientinnen und Patienten der Abteilung der Kinder- und Jugendpsychiatrie des LVR-Klinikums Düsseldorf zu etablieren mit dem Ziel, dass die Beschulung aller Patientinnen und Patienten von derselben Schule sichergestellt werde.

Der Bericht zur Sicherstellung der Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen im Versorgungsbereich der LVR-Kliniken wird gemäß Vorlage 14/596 zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

Aktive Partnerschaft des LVR im Rahmen der Landesinitiative "Vielfalt verbindet! Interkulturelle Öffnung als Erfolgsfaktor." Vorlage 14/553

Die Vorlage 14/553 "Aktive Partnerschaft des LVR im Rahmen der Landesinitiative "Vielfalt verbindet! Interkulturelle Öffnung als Erfolgsfaktor!" wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9

Anträge und Anfragen der Fraktionen

Auf Nachfrage von Herrn Kresse sagt Frau Wenzel-Jankowski zu, der Niederschrift eine kurze Information über den aktuellen Sachstand der Erforschung der NS-Vergangenheit des ehemaligen Landesdirektors Dr. Klaus beizufügen.

(Hinweis zur Niederschrift: Die Studie von Uwe Kaminsky und Thomas Roth: „Verwaltungsdienst, Gesellschaftspolitik und Vergangenheitsbewältigung nach 1945. Das Beispiel des Landesdirektors Udo Klaus“ liegt im Manuskript vor und hat einen Umfang von 500 Seiten.

Das Manuskript wird zur Zeit redaktionell durchgesehen. Diese Durchsicht wird im November 2015 abgeschlossen sein. Das Manuskript wird dann zur Drucklegung an einen Verlag weitergeleitet werden. Es ist nach aktuellem Sachstand davon auszugehen, dass die Publikation Anfang 2016 vorliegen wird.)

Punkt 10

Beschlusskontrolle

Der öffentliche Teil der Beschlusskontrolle wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 11

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Heister berichtet, im Unterschied zu dem ersten Entwurf von 2005 sei das Präventionsgesetz nicht in Form eines eigenständigen Bundesgesetzes erlassen worden. Die Änderungen wurden stattdessen im Wesentlichen in das SGB V eingefügt. Damit sei die Prävention und Gesundheitsförderung vor allem eine Aufgabe der gesetzlichen Krankenkassen. Bedauerlich sei, dass die Präventionsmaßnahmen primär der körperlichen Gesundheit dienen.

Frau Schmidt-Zadel hebt positiv hervor, dass nach dem Präventionsgesetz die Möglichkeit bestehe, mehr Projekte zu fördern.

Auf Bitte des Gesundheitsausschusses sagt die Verwaltung zu, für die nächste Sitzung des Gesundheitsausschusses eine Vorlage zum Präventionsgesetz zu erstellen.

Punkt 12 **Verschiedenes**

Keine Anmerkungen.

Aachen, 26.09.2015

Die Vorsitzende

Schulz

Köln, 21.09.2015

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

Wenzel-Jankowski